

18.04.2015

## Bestechungsvorwurf: Politik fordert schnelle Aufklärung

Andreas Daebeler



Foto: Katy Krause

Klaus Stieghorst ist Bauamtschef in Pinneberg

Gegen Pinnebergs Bauamtschef Klaus Stieghorst ermittelt die Itzehoeer Staatsanwaltschaft. Volksvertreter befürchten eine Hängepartie.

Pinneberg. Die Staatsanwaltschaft Itzehoe ermittelt gegen Pinnebergs Bauamtschef Klaus Stieghorst. Im Raum steht der Vorwurf der Bestechlichkeit. Diese Nachricht sorgte am Freitag für helle Aufregung in der Kreisstadt. Rathaussprecher Marc Trampe hatte die Politiker bereits am Donnerstagabend über die diesbezüglich zu erwartende Berichterstattung des Hamburger Abendblattes informiert. Auch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung waren von ihm kurzerhand noch in Kenntnis gesetzt worden.

Anlass der Ermittlungen, die in den Händen der Kriminalpolizei liegen, ist eine Strafanzeige des Pinneberger Bauunternehmers Hans Hubertus von Stosch. Er unterstellt, dass beim Verkauf von sieben Hektar des ehemaligen Kasernengeländes im Stadtteil Eggerstedt nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei. 1,4 Millionen Euro hatte die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) an die Stadt gezahlt, zudem die Erschließung des Geländes zugesagt. Der Kaufpreis sei nicht angemessen, so von Stosch, der von dem Hamburger Anwalt Carlos Drescher vertreten wird.

CDU-Fraktionschef Andreas Meyer glaubt nicht, dass Amtsleiter Stieghorst sich etwas zuschulden kommen lassen hat. "Uns Politikern wurde von einem Anwalt bestätigt, dass beim Ausschreibungsverfahren juristisch alles korrekt gelaufen ist", so der Christdemokrat. Dass viele den geringen Verkaufserlös nicht verstünden, bekomme er auch ständig zu hören. "Aber die LEG schultert eben auch den Abriss der alten Gebäude." Prinzipiell sei es das Recht eines jeden, Verwaltungshandeln auch juristisch zu hinterfragen. Meyer hofft jetzt auf einen zügigen Fortgang des Ermittlungsverfahrens. "Das muss schnell aufgearbeitet werden."

Eine Meinung, die Uwe Lange, Fraktionschef der Bürgernahen, teilt: "Eine Hängepartie ist bei solchen Fällen für alle Beteiligten unerträglich." Inhaltlich wolle er sich zu den Vorwürfen zunächst nicht äußern. "Dafür benötigen wir mehr Informationen."

Werner Mende von der FDP erinnert daran, dass seine Fraktion an Treffen der Lenkungsgruppe in Sachen Kaserne nicht teilnehmen durfte: "Da wurden die kleinsten Fraktionen rausgehalten." Er sei gespannt auf Ergebnisse des Verfahrens, glaube jedoch auf Sicht an dessen Einstellung.

Joachim Dreher von den Grünen sprach am Freitag von einer "negativen Nachricht für die Stadt Pinneberg". In Reihen seiner Fraktion habe es "immer Zweifel gegeben, ob das Ausschreibungsverfahren nicht auf einen Bieter zugeschnitten war". SPD-Bauexperte Gerhard Thomssen hält die Vorwürfe gegen Stieghorst dagegen "für abwegig". Die Staatsanwaltschaft sei jetzt in der Pflicht, zügig aufzuklären. "Bis zum Beweis des Gegenteils bin ich überzeugt, dass die Stadtverwaltung korrekt gehandelt hat."